

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Michael Hilberer (PIRATEN)

betr.: Finanzielle Ausstattungen der Kirchen und zugrunde liegende Abkommen mit den Kirchen im Saarland

Vorbemerkung des Fragestellers:

Die Anzahl der Menschen, die in Deutschland Mitglied einer Religionsgemeinschaft sind, sinkt kontinuierlich. Waren im Jahr 1970 noch fast 95 Prozent der Bundesbürger in (West-)Deutschland Mitglied der evangelischen oder der katholischen Kirche, waren es im Jahr 2010 noch knapp 60 Prozent, die Zahl der Bekenntnislosen ist auf 35 Prozent angestiegen.

Laut Artikel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 137 Absatz 1 der Weimarer Reichsverfassung besteht in Deutschland keine Staatskirche.

In weiteren Absätzen des Artikels 137 wird das Organisationsrecht der Religionsgemeinschaften geregelt.

Faktisch werden in Deutschland vornehmlich die katholische und die evangelische Kirche sowie die jüdischen Kultusgemeinden privilegiert. Da sie als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, können sie Steuern erheben (Art. 140 Grundgesetz i.V.m. Art. 137 Abs. 6 Weimarer Reichsverfassung) und dürfen aufgrund des Selbstverwaltungsrechts innerhalb ihrer Einrichtungen ein eigenständiges Arbeitsrecht anwenden (vgl. Art. 140 Grundgesetz i.V.m. Art. 137 Abs. 3 Weimarer Reichsverfassung). Daneben existieren noch zahlreiche weitere juristische Vorteile in den verschiedenen Bereichen.

Die Kirchen unterhalten zahlreiche Einrichtungen im sozialen Bereich und sind einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Allein die beiden Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas beschäftigen etwa 1,4 Millionen Menschen, von denen eine knappe Million hauptberuflich angestellt sind. Kirchliche Arbeitgeber unterliegen trotzdem nicht dem Betriebsverfassungsgesetz.

Ein weiteres Betätigungsfeld der Kirchen ist Bildung und Ausbildung. Der Religionsunterricht ist in Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes als ordentliches Lehrfach in öffentlichen Schulen festgeschrieben. Im Saarland befindet sich ein wesentlicher Teil der Grund- und Hauptschulen in kirchlicher Trägerschaft.

Zur Ausübung ihrer Aufgaben erhalten die christlichen Kirchen – ebenso wie die jüdischen Gemeinden – Gelder aus dem Steueraufkommen.

Eine weitere Einnahmequelle, die exklusiv der evangelischen und der katholischen Kirche zusteht, sind die sog. „Staatsleistungen“. Dabei handelt es sich um Ersatzzahlungen für die Enteignungen der alten Reichskirche im Jahr 1803. Das Grundgesetz sieht in Artikel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 138 Absatz 1 Weimarer Reichsverfassung explizit eine Ablösung der Staatsleistungen vor.

Wie gestaltete bzw. gestaltet sich die konfessionelle bzw. nicht-konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Saarland jährlich seit Gründung der Bundesrepublik bis heute aus?

Wie hoch war die Zahl der Taufen und der Kirchenaustritte in diesen Jahren in absoluten Zahlen und in Relation zur Einwohnerzahl jeweils im gleichen Zeitraum?

Zu den Fragen 1 und 2:

Statistische Daten zur Religionszugehörigkeit werden in der amtlichen Statistik nur bei Volkszählungen ermittelt. Es liegen Daten aus den Volkszählungen 1951, 1961, 1970 und 1987 sowie dem Zensus 2011 vor. Die Ergebnisse der Volkszählungen sind in den Anlagen enthalten. Nach den Ergebnissen des Zensus 2011 ergibt sich für das Saarland bei einer Gesamtbevölkerung von

999.623 Personen folgende Untergliederung:

Römisch-katholische Kirche 628.890 (62,9 %),

Evangelische Kirche 198.550 (19,9 %),

Sonstige, keine , ohne Angabe 172.180 (17,2 %),

wobei die dritte Gruppe zurzeit noch nicht weiter untergliedert werden kann.

Im Jahrbuch des Statistischen Amtes werden weitere Zahlen über kirchliche Verhältnisse veröffentlicht. Es handelt sich dabei nicht um Zahlen der amtlichen Statistik. Vielmehr werden die Angaben jeweils von den Verwaltungen der Kirchen zur Verfügung gestellt. Ein Ausdruck aus dem Jahrbuch 2012 ist beigelegt.

Wie groß war der Grundbesitz der Kirchen und ihrer Einrichtungen getrennt nach Konfessionen und Landeskirchen bzw. Bistümern und Kommunen im Saarland jeweils in

a) den Jahren 2000 bis heute?

b) Welchem prozentualen Anteil der Gesamtfläche entspricht dies jeweils?

c) Welche natürlichen oder juristischen Personen verfügen über einen größeren Grundbesitz als die der Kirchen und Ihren Einrichtungen?

Wie hoch war der Wert der Immobilien der Kirchen und ihrer Einrichtungen getrennt nach Konfessionen und Landeskirchen bzw. Bistümern in Saarland jeweils in den Jahren 2000 bis heute?

Wie hoch war der Schätzwert des Kunstbesitzes der Kirchen und ihrer Einrichtungen getrennt nach Konfessionen und Landeskirchen bzw. Bistümern in Saarland jeweils in den Jahren 2000 bis heute?

Wie hoch waren die Miet- und Pachteinnahmen der Kirchen und ihrer Einrichtungen getrennt nach Konfessionen und Landeskirchen bzw. Bistümern in Saarland jeweils in den Jahren 2000 bis heute?

a) Wie hoch waren die hieraus zu leistenden Steuerabgaben?

Zu den Fragen 3 bis 6:

Hierzu liegen keine Daten vor.

Wie viele Beschäftigte hatten die Kirchen und die konfessionellen Einrichtungen getrennt nach Konfessionen und Landeskirchen bzw. Bistümern sowie konfessionellen Einrichtungen im Saarland jeweils in den Jahren 2000 bis heute?

Zu Frage 7:

Aus der amtlichen Beschäftigtenstatistik kann die Anzahl der Beschäftigten nur für den Wirtschaftsbereich "Kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen" dargestellt werden. Eine Untergliederung nach Konfessionen und Landeskirchen bzw. Bistümern sowie konfessionellen Einrichtungen ist nicht möglich. Für das Saarland wurden in der Klasse "Kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen" zum 30.06. jeweils folgende Beschäftigtenzahlen ermittelt:

Jahr	Beschäftigte
2000	1.223
2001	1.217
2002	1.248
2003	1.263
2004	1.260
2005	1.201
2006	1.171
2007	1.111
2008	1.105
2009	1.128
2010	1.051
2011	1.012
2012	988.

Regelungen zwischen dem Land Saarland und den Religionsgemeinschaften

Welche kirchlichen Abkommen, Konkordate und Kirchenverträge sind derzeit zwischen dem Saarland und den evangelischen Landeskirchen, den katholischen Kirchen, den jüdischen und muslimischen Gemeinden im Saarland sowie sonstigen Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gültig, bzw. welche Gesetze und Verordnungen treffen hier Regelungen?

- a) Was ist der wesentliche Regelungsinhalt? Inwiefern regeln sie finanzielle Zuwendungen durch den Staat?
- b) Welche Möglichkeiten bzw. Beschränkungen existieren, diese oben genannten Abkommen zu ändern?

Zu Frage 8:Katholische Kirche:

Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 – Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich – Nach den ergänzenden Anmerkungen zum Reichskonkordat für das Saarland wird die Geltung des Reichskonkordats vom Saarland anerkannt.

Gesetz Nr. 1028 über die Zustimmung zum Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Saarland über die Privatschulen in Trägerschaft der katholischen Kirchen vom 24. März 1975 (Amtsbl. S. 451)

Gesetz Nr. 1485 über die Zustimmung zum Vertrag zur Änderung des Vertrages zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Saarland über die Privatschulen in Trägerschaft der katholischen Kirche vom 28. November 2001 (Amtsbl. S. 238)

Gesetz Nr. 1062 über die Zustimmung zu dem Vertrag zwischen dem Saarland und den Bistümern Speyer und Trier über Fragen der Rechtsstellung der Bistümer Speyer und Trier und ihrer Vermögensverwaltung vom 29. Juni 1977 (Amtsbl. S. 674)

Gesetz Nr. 1187 über die Zustimmung zu dem Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Saarland über die Ausbildung von Lehrkräften für das Fach Katholische Religion und über die Erteilung katholischen Religionsunterrichts an den Schulen im Saarland vom 26. Juni 1985 (Amtsbl. S. 793)

Vereinbarung des Saarlandes mit den Bistümern Trier und Speyer über die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts vom 13./16. Oktober 1969

Vereinbarung des Saarlandes mit dem Bistum Speyer sowie dem Bistum Trier über die katholische Seelsorge an den Saarländischen Justizvollzugsanstalten vom 6. Mai 1982

Evangelische Kirche:

Gesetz Nr. 1188 über die Zustimmung zu dem Vertrag der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche der Pfalz mit dem Saarland über die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften für das Fach Evangelische Religion und über die Erteilung evangelischen Religionsunterrichts an den Schulen im Saarland vom 26. Juni 1985 (Amtsbl. S. 798)

Vereinbarung zwischen dem Saarland, vertreten durch den Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft, und der Evangelischen Kirche im Rheinland sowie der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche), jeweils vertreten durch die Kirchenleitung, vom 11. Dezember 2002

Vereinbarung des Landes mit der Pfälzischen Landeskirche und der Evangelischen Kirche im Rheinland über die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts vom 27. Mai 1968

Vereinbarung über die evangelische Seelsorge an den Saarländischen Justizvollzugsanstalten zwischen dem Saarland und der Evangelischen Kirche im Rheinland sowie der Evangelischen Kirche der Pfalz (protestantische Landeskirche) vom 3./10./20. September 2004

Synagogengemeinde:

Gesetz Nr. 1489 über die Zustimmung zum Vertrag zwischen dem Saarland und der Synagogengemeinde Saar - Körperschaft des öffentlichen Rechts - vom 6. Februar 2002 (Amtsbl. S. 526)

Gesetze und Verordnungen:
Grundgesetz

Verfassung des Saarlandes

Schulordnungsgesetz

Saarländisches Kirchensteuergesetz

Gesetz betreffend den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts

Sonstiges:

Vereinbarung zwischen dem Saarland, vertreten durch den Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, und der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Bildung mit beschränkter Haftung (mbH) in Mainz, vertreten durch ihren Gesellschafter vom 5.12./11.12.1973

Vereinbarung über kirchlichen Dienst an Polizeibeamten (Polizeiseelsorge) im Saarland vom 25. Oktober 1978

Vereinbarung über die Einbehaltung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Verwaltung der Kirchensteuern durch die saarländischen Finanzämter vom 6. März 2001 zwischen dem Saarland und den im Saarland hebeberechtigten Kirchen

Zu a):

Katholische Kirche

Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 – Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich

- Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion. Anerkennung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts (Artikel 1)
- Geistliche genießen in gleicher Weise wie die Staatsbeamten den Schutz des Staates (Artikel 5).
- Zur Annahme einer Anstellung oder eines Amtes im Staat oder bei einer von ihm abhängigen Körperschaft des öffentlichen Rechtes bedürfen Geistliche des Nihil obstat ihres Diözesanordinarius sowie des Ordinarius des Sitzes der öffentlich-rechtlichen Körperschaft (Artikel 7).
- Schutz des Beichtgeheimnisses (Artikel 9).
- Die gegenwärtige Diözesanorganisation und -zirkumskription der katholischen Kirche im Deutschen Reich bleibt bestehen. Eine in Zukunft etwa erforderlich erscheinende Neueinrichtung eines Bistums oder einer Kirchenprovinz oder sonstige Änderungen der Diözesanzirkumskription bleiben, soweit es sich um Neubildungen innerhalb der Grenzen eines deutschen Landes handelt, der Vereinbarung mit der zuständigen Landesregierung vorbehalten. Bei Neubildungen oder Änderungen, die über die Grenzen eines deutschen Landes hinausgreifen, erfolgt die Verständigung mit der Reichsregierung, der es überlassen bleibt, die Zustimmung der in Frage kommenden Länderregierungen herbeizuführen. Dasselbe gilt entsprechend für die Neuerrichtung oder Änderung von Kirchenprovinzen, falls mehrere deutsche Länder daran beteiligt sind. Auf kirchliche Grenzverlegungen, die lediglich im Interesse der örtlichen Seelsorge erfolgen, finden die vorstehenden Bedingungen keine Anwendung. Bei etwaigen Neugliederungen innerhalb des Deutschen Reiches wird sich die Reichsregierung zwecks Neuordnung der Diözesanorganisation und -zirkumskription mit dem Heiligen Stuhl in Verbindung setzen (Artikel 11).
- Regelung zur Neueinrichtung oder Umwandlung kirchlicher Ämter (Artikel 12)
- Regelung zur Rechtsfähigkeit der katholischen Kirchengemeinden, Kirchengemeindeverbände, Diözesanverbände sowie weiterer kirchlicher Organisationen (Artikel 13), Besteuerungsrecht (Schlussprotokoll zu Artikel 13)
- Grundsätzliches Recht der Kirche alle Kirchenämter und Benefizien ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden frei zu besetzen unter Beachtung der sog. Politischen Klausel (keine Bedenken des zuständigen Landes allgemein politischer Natur (Artikel 14).
- Orden und religiöse Genossenschaften unterliegen grundsätzlich staatlicherseits keiner besonderen Beschränkung (Artikel 15)
- Das Eigentum und andere Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der Anstalten, Stiftungen und Verbände der katholischen Kirche an ihrem Vermögen werden nach Maßgabe der allgemeinen Staatsgesetze gewährleistet (Artikel 17).
- Falls die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die katholische Kirche abgelöst werden sollten, wird vor der Ausarbeitung der für die Ablösung aufzustellenden Grundsätze rechtzeitig zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Reich ein freundschaftliches Einvernehmen herbeigeführt werden. Zu den besonderen Rechtstiteln zählt auch das rechtsbegründete Herkommen. Die Ablösung muss den Ablösungsberechtigten einen angemessenen Ausgleich für den Wegfall der bisherigen staatlichen Leistungen gewähren (Artikel 18).
- Garantie der katholisch-theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen (Artikel 19)

- Die Kirche hat das Recht, soweit nicht andere Vereinbarungen vorliegen, zur Ausbildung des Klerus philosophische und theologischen Lehranstalten zu errichten, die ausschließlich von der kirchlichen Behörde abhängen, falls keine staatlichen Zuschüsse verlangt werden (Artikel 20).
- Katholischer Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach (Artikel 21).
- Bei der Anstellung von katholischen Religionslehrern findet Verständigung zwischen dem Bischof und der Landesregierung statt (Artikel 22).
- Gewährleistung der Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen (Artikel 23).
- An allen katholischen Volksschulen werden nur solche Lehrer angestellt, die der katholischen Kirche angehören und Gewähr bieten, den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule zu entsprechen (Artikel 24).
- Orden und religiöse Kongregationen sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze und gesetzlichen Bedingungen zur Gründung und Führung von Privatschulen berechtigt (Artikel 25).
- Regelung, dass ausnahmsweise kirchliche Trauung vor Ziviltrauung möglich ist (Artikel 26)
- Ausführungen zur Seelsorge (Artikel 27 und 28)
- Schutz der katholischen Organisationen in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit (Artikel 30).

Keine Regelung über konkrete finanzielle Zuwendungen.

Gesetz Nr. 1028 über die Zustimmung zum Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Saarland über die Privatschulen in Trägerschaft der katholischen Kirchen vom 24. März 1975 (Amtsbl. S. 451) sowie

Gesetz Nr. 1485 über die Zustimmung zum Vertrag zur Änderung des Vertrages zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Saarland über die Privatschulen in Trägerschaft der katholischen Kirche vom 28. November 2001 (Amtsbl. S. 238)

- Der katholischen Kirche bleibt das Recht gewährleistet, Schulen in eigener Trägerschaft einzurichten und zu betreiben. Diese Schulen sind den öffentlichen Schulen im Rang gleichgestellt (Artikel 1).
- Das Saarland wird im Rahmen der allgemeinen Förderung der Schulen in freier Trägerschaft den Schulen in Trägerschaft der katholischen Kirche seine Hilfe angedeihen lassen (Artikel 2).
- Schulen in Trägerschaft der katholischen Kirche, die nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften anerkannt sind und auf gemeinnütziger Grundlage arbeiten, werden auf Antrag des Schulträgers durch öffentliche Finanzhilfe sowie durch die Zuweisung staatlicher Lehrkräfte gefördert (Artikel 3).
- Für Grund-, Haupt- und Sonderschulen (Volksschulen) in Trägerschaft der katholischen Kirche ersetzt das Land den Aufwand für die fortdauernden Personal- und Sachkosten, der sich nach dem der öffentlichen Schulen bemisst. Für Erweiterte Realschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der katholischen Kirche ersetzt das Land mindestens 95 von Hundert dieses Aufwands für die Klassenstufen 5 bis 9 und mindestens 90 von Hundert dieses Aufwands für die Klassenstufe 10. Für die sonstigen Ersatzschulen in Trägerschaft der katholischen Kirche ersetzt das Land mindestens 90 von Hundert dieses Aufwands (Artikel 4).

- Zu den als zuschussfähig anerkannten Kosten für schulaufsichtlich genehmigte Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Schulgebäuden und Schulanlagen sowie deren Ersteinrichtung erhält der Schulträger einen Beitrag, der bei Grund-, Haupt- und Sonderschulen (Volksschulen) 80 von Hundert, bei den sonstigen Schulen 50 von Hundert beträgt (Artikel 5).
- Für den Besuch einer Grundschule, Orientierungsstufe, Haupt- oder Sonderschule in Trägerschaft der katholischen Kirche, für die staatliche Finanzhilfe geleistet wird, erstattet das Land dem Schulträger auf Antrag die notwendigen Kosten für die Beförderung der Schüler im Sinne der für öffentliche Schulen geltenden Vorschriften bis zu dem Betrag, der durch den Besuch der zuständigen öffentlichen Grundschule, Orientierungsstufe, Haupt- oder Sonderschule zu gewähren wäre (Artikel 6).
- Regelung zur Lernmittelfreiheit (Artikel 7).
- Zuweisung von staatlichen Lehrern (Artikel 8).
- Das Land gewährleistet die Errichtung und den Betrieb eines Lehrerfort- und -weiterbildungswerkes in kirchlicher Trägerschaft. Dieses ist entsprechenden staatlichen Einrichtungen grundsätzlich im Rang gleichgestellt. Es erhält eine angemessene öffentliche Finanzhilfe (Artikel 9).
- Freundschaftsklausel (Artikel 10).
- Die fortdauernden Personalkosten umfassen die aktiven Bezüge sowie die Alters- und Hinterbliebenenversorgung des Personals im Lehr- und Verwaltungsbereich. Sie werden bei Personen, die als Ordensangehörige den Lehrberuf ausüben, nach Durchschnittsbezügen berechnet (Schlussprotokoll zu Artikel 4).

Zu finanziellen Zuwendungen, Erstattung von Personalkosten und ähnlichem siehe Artikel 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9

Gesetz Nr. 1062 über die Zustimmung zu dem Vertrag zwischen dem Saarland und den Bistümern Speyer und Trier über Fragen der Rechtsstellung der Bistümer Speyer und Trier und ihrer Vermögensverwaltung vom 29. Juni 1977 (Amtsbl. S. 674)

- Die Bistümer, die Bischöflichen Stühle und die Domkapitel, die Kirchengemeinden und die aus ihnen gebildeten Kirchengemeindeverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Kirchlicher Dienst ist öffentlicher Dienst (Artikel 1).
- Die Kirchengemeinden und die aus ihnen gebildeten Kirchengemeindeverbände erlangen die Rechtsfähigkeit mit ihrer Errichtung durch den jeweils zuständigen Diözesanbischof, Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes (Artikel 2).
- Die Vermögensverwaltung und die vermögensrechtliche Vertretung der kirchlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts werden durch kirchliche Rechtsetzung innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes geregelt (Artikel 3).
- Regelung zu Vorschriften der Bistümer über die vermögensrechtliche Vertretung (Artikel 4).
- Gewährleistung von Eigentum und anderen Vermögensrechten (Artikel 5).
- Regelung zu Kirchensteuern und Kirchgeld (Artikel 6).
- Erhebung, Verwaltung und Beitreibung von Kirchensteuern (Artikel 7).
- Die Bistümer, die Kirchengemeinden (Kirchengemeindeverbände) sowie im Bereich des Bistums Speyer auch die örtlichen Kirchenstiftungen sind berechtigt, von ihren Angehörigen freiwillige Gaben für kirchliche Zwecke zu sammeln (Artikel 8).
- Gebührenbefreiungsregelung (Artikel 9).

- Die Landesregierung und die Bistümer werden sich vor der Regelung von Angelegenheiten, die die beiderseitigen Interessen berühren, ins Benehmen setzen und sich zur Besprechung solcher Fragen zur Verfügung stellen (Artikel 10).
- Freundschaftsklausel (Artikel 11).

Keine Regelung über konkrete finanzielle Zuwendungen.

Gesetz Nr. 1187 über die Zustimmung zu dem Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Saarland über die Ausbildung von Lehrkräften für das Fach Katholische Religion und über die Erteilung katholischen Religionsunterrichts an den Schulen im Saarland vom 26. Juni 1985 (Amtsbl. S. 793)

- Gewährleistung der Fachrichtung Katholische Theologie an der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes und insbesondere Ausbildung von Lehrkräften für die Erteilung katholischen Religionsunterrichts im Saarland (Artikel 1).
- Das Saarland trägt durch die Einrichtung entsprechender Studiengänge in der Fachrichtung Katholische Theologie dafür Sorge, dass die Ausbildung von Lehrkräften für die Erteilung katholischen Religionsunterrichts den Erfordernissen des katholischen Religionsunterrichts an den Schulen entspricht. Die Mitwirkung des zuständigen Ministers bei der Einrichtung, Änderung oder Aufhebung solcher Studiengänge wird nur im Einvernehmen mit der zuständigen kirchlichen Oberbehörde erfolgen (Artikel 2).
- Gegenseitige Zustimmungserfordernisse bei Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sowie entsprechenden Studienordnungen (Artikel 3).
- Zuständiger Bischof ist der Bischof von Trier (Artikel 4)
- Berufung von Professoren der Katholischen Theologie (Artikel 5)
- Regelung zu Fachleitern und Beauftragten der kirchlichen Oberbehörde (Artikel 6)
- Erteilung des katholischen Religionsunterrichts nur nach Erteilung der Missio canonica (Artikel 7).
- Lehrpläne und Lehrbücher (Artikel 8).
- Freundschaftsklausel (Artikel 9).
- Falls gesetzliche Bestimmungen geändert werden sollen und hierdurch die Durchführung dieses Vertrages berührt wird, werden die Vertragschließenden mit dem Ziel einer freundschaftlichen Verständigung Verhandlungen über eine Anpassung dieses Vertrages führen (Artikel 10).
- Es besteht Einvernehmen darüber, dass eine Änderung des Status der Fachrichtung Katholische Theologie im Rahmen der Gliederung der Universität des Saarlandes einer Vereinbarung der Vertragschließenden bedarf (Zusatzprotokoll zu Artikel 1 Absatz 1).
- Es besteht Einvernehmen, dass die Fachrichtung Katholische Theologie mit mindestens vier Stellen für Professoren auf Lebenszeit ausgestattet wird (Zusatzprotokoll zu Artikel 2 Absatz 1).

Keine Regelung über konkrete finanzielle Zuwendungen.

Vereinbarung des Saarlandes mit den Bistümern Trier und Speyer über die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts vom 13./16. Oktober 1969

- Regelungen zu Voraussetzungen, Abschluss und Formalien sowie Folgen von Gestellungsverträgen (§§ 1 - 5)
- Voraussetzungen für die Erteilung des Religionsunterrichts sowie kirchliche Unterrichtserlaubnis (§§ 6 – 8)
- Regelung zu den vertraglichen Verhältnissen der eingesetzten Personen (§ 9).
- Erstattung der Personalkosten durch das Land nach Maßgabe der §§ 11 bis 16 (§ 10).
- Regelungen zur entsprechenden Anwendung von Vorschriften für vergleichbare staatliche Lehrer (§ 17).
- Regelungen zu Katecheten (§ 19).
- Regelung zur Entziehung des staatlichen Unterrichtsauftrags (§ 21).
- Freundschaftsklausel (§ 23).
- Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Sie kann von jedem Vertragspartner mit dreijähriger Frist durch eingeschriebenen Brief zum Ende eines Schuljahres gekündigt werden. (§ 25).

Zur Erstattung der Personalkosten siehe §§ 10 bis 16.

Vereinbarung des Saarlandes mit dem Bistum Speyer sowie dem Bistum Trier über die katholische Seelsorge an den Saarländischen Justizvollzugsanstalten vom 6. Mai 1982

Die Vereinbarung sieht im Wesentlichen folgende Aufgaben vor:

- regelmäßige Feier von Gottesdiensten
- die Spendung der Sakramente
- die Einzel- und Gruppenseelsorge einschließlich Zellenbesuche
- die Erteilung von Unterricht und sozial-caritatives Handeln einschließlich der Mitwirkung bei der sozialen Hilfe.

Die Vereinbarung sieht eine Erstattung des den Seelsorgern zu zahlenden Besoldungsaufwandes vor. Neben dem Besoldungsaufwand erstattet das Saarland Beiträge zu den Versorgungslasten sowie zu den Nebenleistungen für die Seelsorger (z. B. Beihilfen, Unterstützungen, Unfallfürsorge, Trennungsentschädigungen).

Die Vereinbarung ist auf die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen worden und verlängert sich stillschweigend jeweils um weitere 5 Jahre. Sie kann von beiden Vertragspartnern mit einer Frist von 12 Monaten gekündigt werden.

Evangelische Kirche:

Gesetz Nr. 1188 über die Zustimmung zu dem Vertrag der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche der Pfalz mit dem Saarland über die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften für das Fach Evangelische Religion und über die Erteilung evangelischen Religionsunterrichts an den Schulen im Saarland vom 26. Juni 1985 (Amtsbl. S. 798)

- Gewährleistung der Fachrichtung Evangelische Theologie an der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes und insbesondere Ausbildung von Lehrkräften für die Erteilung evangelischen Religionsunterrichts im Saarland (Artikel 1).

- Das Saarland trägt durch die Einrichtung entsprechender Studiengänge in der Fachrichtung Evangelische Theologie dafür Sorge, dass die Ausbildung von Lehrkräften für die Erteilung evangelischen Religionsunterrichts den Erfordernissen des evangelischen Religionsunterrichts an den Schulen entspricht. Die Mitwirkung des zuständigen Ministers bei der Einrichtung, Änderung oder Aufhebung solcher Studiengänge wird nur im Einvernehmen mit den Kirchen erfolgen (Artikel 2).
- Gegenseitige Zustimmungserfordernisse bei Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sowie entsprechenden Studienordnungen (Artikel 3).
- Regelung zur Ruferteilung an einen Professor (Artikel 4).
- Regelung zu Fachleitern und Beauftragten der Kirchen (Artikel 5).
- Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts nur nach kirchlicher Bevollmächtigung (Artikel 6).
- Betreiben die Kirchen Lehrerfortbildung, wird das Land Lehrern Gelegenheit zur Teilnahme unter den gleichen Voraussetzungen geben, die für die Teilnahme an Veranstaltungen staatlicher Einrichtungen der Lehrerfortbildung gelten. Das Land wird eine angemessene öffentliche Finanzhilfe gewähren (Artikel 7).
- Freundschaftsklausel (Artikel 8).
- Falls gesetzliche Bestimmungen geändert werden sollen und hierdurch die Durchführung dieses Vertrages berührt wird, werden die Vertragschließenden mit dem Ziel einer freundschaftlichen Verständigung Verhandlungen über eine Anpassung dieses Vertrages führen (Artikel 9).
- Es besteht Einvernehmen darüber, dass eine Änderung des Status der Fachrichtung Evangelische Theologie im Rahmen der Gliederung der Universität des Saarlandes einer Vereinbarung der Vertragschließenden bedarf (Zusatzprotokoll zu Artikel 1 Absatz 1).
- Es besteht Einvernehmen darüber, dass das Lehrangebot in der Fachrichtung Evangelische Theologie nach Maßgabe der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen insbesondere folgende Fächer umfasst: Altes Testament, Neues Testament, Systematische Theologie (Dogmatik und Ethik), Kirchengeschichte, Religionspädagogik. Es besteht Einvernehmen, dass die Fachrichtung Evangelische Theologie mit vier Stellen für Professoren auf Lebenszeit ausgestattet ist. (Zusatzprotokoll zu Artikel 2).

Zur öffentlichen Finanzhilfe siehe Artikel 7.

Vereinbarung zwischen dem Saarland, vertreten durch den Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft, und der Evangelischen Kirche im Rheinland sowie der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche), jeweils vertreten durch die Kirchenleitung, vom 11. Dezember 2002

- Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Förderung der Lehrkräfte durch die Evangelische Kirche im Rheinland und die Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) (§ 1).
- Gleichstellung mit dem Range nach staatlich vergleichbaren Veranstaltungen (§ 2)
- Gewährung einer Zuwendung durch das Land nach Maßgabe der §§ 4 und 5 (§ 3).
- §§ 4 und 5 Zuwendungsregelungen
- Freundschaftsklausel (§ 6).

Zu finanziellen Zuwendungen siehe §§ 3 bis 5.

Vereinbarung des Landes mit der Pfälzischen Landeskirche und der Evangelischen Kirche im Rheinland über die Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts vom 27. Mai 1968

- Regelungen zu Voraussetzungen, Abschluss und Formalien sowie Folgen von Gestellungsverträgen (§§ 1 - 5)
- Voraussetzungen für die Erteilung des Religionsunterrichts sowie kirchliche Bevollmächtigung (§§ 6 – 8)
- Regelung zu den vertraglichen Verhältnissen der eingesetzten Personen (§ 9).
- Erstattung der Personalkosten durch das Land nach Maßgabe der §§ 11 bis 16 (§ 10).
- Regelungen zur entsprechenden Anwendung von Vorschriften für vergleichbare staatliche Lehrer (§ 17).
- Regelungen zu Katecheten (§ 19).
- Regelung zur Entziehung des staatlichen Unterrichtsauftrags (§ 21).
- Freundschaftsklausel (§ 23).
- Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Sie kann von jedem Vertragspartner mit dreijähriger Frist durch eingeschriebenen Brief zum Ende eines Schuljahres gekündigt werden. (§ 25).

Zur Erstattung der Personalkosten siehe §§ 10 bis 16.

Vereinbarung über die evangelische Seelsorge an den Saarländischen Justizvollzugsanstalten zwischen dem Saarland und der Evangelischen Kirche im Rheinland sowie der Evangelischen Kirche der Pfalz (protestantische Landeskirche) vom 3./10./20. September 2004

Die Vereinbarung sieht im Wesentlichen folgende Aufgaben vor:

- regelmäßige Feier von Gottesdiensten
- die Spendung der Sakramente
- die Einzel- und Gruppenseelsorge einschließlich Zellenbesuche
- die Erteilung von Unterricht und sozial-caritatives Handeln einschließlich der Mitwirkung bei der sozialen Hilfe.

Die Vereinbarung sieht eine Erstattung des den Seelsorgern zu zahlenden Besoldungsaufwandes vor. Neben dem Besoldungsaufwand erstattet das Saarland Beiträge zu den Versorgungslasten sowie zu den Nebenleistungen für die Seelsorger (z. B. Beihilfen, Unterstützungen, Unfallfürsorge, Trennungsschädigungen).

Die Vereinbarung kann von jedem Vertragspartner mit dreijähriger Frist zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Synagogengemeinde:

Gesetz Nr. 1489 über die Zustimmung zum Vertrag zwischen dem Saarland und der Synagogengemeinde Saar - Körperschaft des öffentlichen Rechts - vom 6. Februar 2002 (Amtsbl. S. 526)

Artikel 1 regelt die staatlichen Leistungen an die Synagogengemeinde Saar. Danach beteiligt sich das Saarland an den Aufwendungen der Synagogengemeinde Saar - Körperschaft des öffentlichen Rechts - zu deren satzungsgemäßer Wahrnehmung der religiösen, sozialen und kulturellen Betreuung ihrer Mitglieder und zur Erziehung der Jugendlichen im Sinne des Judentums und in der Tradition der Gründer der Synagogengemeinde Saar entsprechend ihrer Satzung vom 8. April 1973 mit jährlich 370.000 Euro (in Worten: Dreihundertsiebzigtausend Euro), beginnend mit dem Haushaltsjahr 2002. Diese Leistung tritt an die Stelle der bisher an die Synagogengemeinde Saar erbrachten freiwilligen Leistungen des Saarlandes. Die Leistung des Saarlandes erhöht oder vermindert sich zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2003, in dem gleichen Verhältnis, in dem sich die Grundgehaltssätze der Landesbeamten der Besoldungsgruppe A 13 (verheiratet, ein Kind, 5. Dienstaltersstufe) im vorhergehenden Haushaltsjahr erhöht oder vermindert haben. Die Leistung des Saarlandes wird mit je einem Viertel des Jahresbetrages jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November gezahlt. Die Synagogengemeinde Saar verpflichtet sich, auf Anforderung über die Verwendung der Leistungen des Landes Rechnung zu legen.

Artikel 2 regelt den Ausschluss sonstiger Leistungen. Artikel 3 enthält die jüdischen Feiertage.

In der Freundschaftsklausel in Artikel 4 ist geregelt, dass die Vertragsschließenden sich vor der Regelung der Angelegenheiten, die die beiderseitigen Interessen berühren, miteinander ins Benehmen setzen und sich jederzeit zur Besprechung solcher Fragen zur Verfügung stehen werden. Etwaige in Zukunft auftretende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Ausführung einer Bestimmung dieses Vertrages werden in freundschaftlichem Geiste beseitigt.

Gemäß Artikel 5 des Vertrages wird der Vertrag für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Er verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn er nicht fristgerecht gekündigt wird.

Zu staatlichen Leistungen an die Synagogengemeinde Saar siehe Artikel 1.

Gesetze und Verordnungen:

Grundgesetz:

Insbesondere in Artikel 4, Artikel 7 und Artikel 140 Grundgesetz in Verbindung mit Artikel 136 ff. Weimarer Reichsverfassung befinden sich Regelungen zu Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Verfassung des Saarlandes:

Insbesondere in Artikel 29 und im 4. Abschnitt (Artikel 35 bis 42) befinden sich Regelungen zu Kirchen und Religionsgemeinschaften (z.B. Gewährleistung der ungestörten Religionsausübung, kirchliches Selbstbestimmungsrecht, Rechtsfähigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewährleistung des Eigentums, Staatsleistungen).

Zu Staatsleistungen siehe Artikel 39 Grundgesetz.

Schulordnungsgesetz (§§ 10 bis 15):

- § 10 Grundsätze
- § 11 Religionslehrerinnen und Religionslehrer
- § 12 Lehrplan und Lehrbücher
- § 13 Aufsicht über den Religionsunterricht
- § 14 Teilnahme am Religionsunterricht
- § 15 Religiöse Minderheit

Keine Regelung über konkrete finanzielle Zuwendungen.

Saarländisches Kirchensteuergesetz

Insbesondere Regelungen bezüglich des Besteuerungsrechts der Kirchen, der Steuerpflicht, der Grundsätze der Erhebung und Verwaltung von Kirchensteuern sowie verfahrensrechtliche Regelungen.

Keine Regelung über konkrete finanzielle Zuwendungen.

Gesetz betreffend den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts

Regelungen bezüglich des Austritts aus Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts.

Keine Regelung über konkrete finanzielle Zuwendungen.

Sonstiges

Vereinbarung zwischen dem Saarland, vertreten durch den Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, und der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Bildung mit beschränkter Haftung (mbH) in Mainz, vertreten durch ihren Gesellschafter, vom 5.12./11.12.1973

- Errichtung eines Institutes für Lehrerfort- und –weiterbildung in Saarbrücken (§ 1).
- Gleichstellung mit staatlichen Einrichtungen (§ 2)
- Gewährung einer Zuwendung für den Betrieb des Instituts nach Maßgabe der §§ 4, 5 und 6 (§ 3)
- Das Land erstattet der Gesellschaft 90% des Haushaltsfehlbetrages ihres Instituts in Saarbrücken (§ 4).
- Regelung über die Beteiligung des Landes an den Kosten, die durch die Durchführung von Fort- und Weiterbildungskursen für Lehrer an den Schulen des Saarlandes entstehen (§ 5).
- Begrenzung der zu leistenden Erstattung nach § 4 und der Beitragsleistung nach § 5 unter Festsetzung eines Höchstbetrages der Zuwendung (§ 6).
- Regelung zu Anmeldung, Zahlung und Verwendung der Zuwendung (§ 7).
- Freundschaftsklausel (§ 8).

Zu finanziellen Zuwendungen siehe §§ 3 bis 7.

Vereinbarung über kirchlichen Dienst an Polizeibeamten (Polizeiseelsorge) im Saarland vom 25. Oktober 1978

- Das Saarland gewährleistet den Kirchen die Ausübung eines besonderen kirchlichen Dienstes an den Polizeibeamten (§ 1)
- Zum Kirchlichen Dienst im Sinne des § 3 der Vereinbarung gehören:
 - Gottesdienste (z.B. in Form des jährlichen Ökumenischen Adventsgottesdienstes, bei Wallfahrten, bei Fahrradwallfahrten u.ä.)
 - Seelsorge und
 - Mitwirkung im berufsethischen Unterricht bei der Fachhochschule für Verwaltung, Fachbereich Polizeivollzugsdienst.
- Den Polizeibeamtinnen und –beamten wird Dienstbefreiung zur Teilnahme an besonderen Gottesdiensten oder an religiösen Bildungsveranstaltungen und kirchlichen Rüstzeiten gewährt, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. (§§ 5, 6).
- Die Kosten für Gottesdienst und Seelsorge tragen die Kirchen (§ 10).
- Die Kosten für den lebenskundlichen und berufsethischen Unterricht trägt das Land im Rahmen der dafür im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel (§ 11).
- An den Kosten für die Teilnahme von Polizeibeamten an kirchlichen, religiösen oder lebenskundlichen und berufsethischen Fortbildungsveranstaltungen beteiligt sich das Land im Rahmen der dafür im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel (§ 12).

Die Vereinbarung trifft keine Aussagen zu Beschränkungen, Änderungsfristen, Geltungsfristen oder Zustimmungsvorbehalten.

Darüber hinaus existieren in diesem Bereich keine weiteren vertraglichen (schriftlichen) Vereinbarungen.

Auf folgende Regelung unabhängig von der Vereinbarung wird hingewiesen:

Seit dem Jahr 2003 unterstützt die saarländische Landesregierung die Arbeit der Katholischen und Evangelischen Kirche in der Polizeiseelsorge finanziell. Bis einschließlich des Haushaltsjahres 2009 war jährlich dazu im Landeshaushalt im Kapitel 03 12 Vollzugspolizei, Titel 547 01 Vermischte Ausgaben, eine Pauschale für die seelsorgerische Tätigkeit in der saarländischen Polizei in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Die Pauschale wurde zu gleichen Teilen an die beiden Kirchen ausgezahlt. In den Haushalten für die Jahre 2010 und 2011 wurde die Pauschale trotz der angespannten Haushaltslage und der in diesem Zusammenhang vom MdF verfüigten Restriktionen auf 13.000 € erhöht. Damit sollte jede Kirche 6.500 € pro Jahr für ihre Arbeit, also jeweils 1.500 € mehr als bisher, erhalten. Im Jahr 2010 wurde dies auch so umgesetzt.

Ab dem Haushaltsjahr 2011 waren jedoch auf Veranlassung des Haushaltsbeauftragten unseres Hauses in Absprache mit der damaligen Hausleitung Veränderungen unabdingbar (Schuldenbremse). Im Sachzusammenhang war es unumgänglich, die Pauschale für die seelsorgerische Tätigkeit der katholischen (und der evangelischen) Kirche in der saarländischen Polizei für das Jahr 2011 um 900 € leicht zu reduzieren und auf jeweils 5.600 € neu festzusetzen. Der Betrag lag damit immer noch um 600 € höher als bei der ursprünglichen Festsetzung im Jahr 2003.

Nach schriftlicher Intervention der beiden Kirchen wurde die Pauschale nach der Haushaltsklausur der damaligen Landesregierung im November 2011 für das Jahr 2012 wieder auf den ursprünglich Betrag von jeweils 6.500 € erhöht. Die Haushaltsbeauftragte der Vollzugspolizei bei der Direktion 4 des LPP wurde beauftragt, nach Beantragung durch die beiden Kirchen die entsprechenden Beträge für das Jahr 2012 anzuweisen. Dies ist auch erfolgt. Das Verfahren wird auch im Jahr 2013 beibehalten.

Vereinbarung über die Einbehaltung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Verwaltung der Kirchensteuern durch die saarländischen Finanzämter vom 6. März 2001 zwischen dem Saarland und den im Saarland heheberechtigten Kirchen

- Heheberechtigt sind: Diözese Trier, Diözese Speyer, Evangelische Kirche im Rheinland, Evangelische Kirche in der Pfalz (Protestantische Landeskirche), Katholische Gemeinde der Altkatholiken an der Saar und Synagogengemeinde Saar.
- Die Festsetzung und Erhebung der Kirchensteuern erfolgt durch die saarländische Steuerverwaltung. Für die Durchführung dieser administrativen Tätigkeit erhält das Saarland nach § 14 Absatz 5 des Saarländischen Kirchensteuergesetzes eine zu vereinbarende angemessene Vergütung (Verwaltungskostenbeitrag).

Keine Regelung über konkrete finanzielle Zuwendungen.

Zu b) bis d):

Grundsätzlich bereits unter a) erläutert, da Bestandteil der jeweiligen Bestimmungen beziehungsweise Änderung nach den jeweiligen allgemeinen Grundsätzen.

Anmerkung:

Anlagen zur Beantwortung der Fragen 1 und 2 als pdf-Dateien beigelegt!

Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit am 14. November 1951

Land	Wohnbevölkerung	Von der Bevölkerung waren										
		Angehörige der							Israelitischer Religion	Angeh. anderer Volks- und Weltreligionen	Freireligiöse und Freidenker	ohne Angabe der Relig.-zugehörigkeit
		Röm.- kath. Kirche		Abendl. romfr. kath. Kirchen	Morgenl. kath. Kirchen	Evang. Kirche in Deutschland		Freikirchl. evang. Gemeinden				
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Prozent	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Saarland	955 413	701 570	73,4	185	174	236 872	24,8	4 901	439	77	10 928	267

Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit am 6. Juni 1961

Land	Wohnbevölkerung insgesamt	davon nach der Religionszugehörigkeit												
		Angehörige der										Frei- religiöse und Ange- hörige anderer Weltan- schauungs- gemein- schaften	Gemein- schafts- lose	ohne An- gabe
		der Evang. Kirche in Deutschland	evange- lischer Frei- kirchen	der Röm.-kath. Kirche einschl. der unierten Riten	der Ost- kirchen	der Alt-kath. Kirche u. verwandter Gruppen	christlich orientierter Sonder- gemein- schaften	der jü- dischen Religions- gemein- schaft	anderer Volks- und Welt- religio- nen					
										Anzahl	Proz			
Saarland	1 072 600	263 477	24,6	3 105	786 776	73,4	264	207	6 717	466	524	385	7 857	2 822

Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit am 27. Mai 1970

Land	Wohnbevölkerung insgesamt	davon nach der Religionszugehörigkeit								
		Evangelische Landeskirchen einschl. sonst. Evangelische Kirchen		Evangelische Freikirchen	Röm.-Kath. Kirche		andere christliche Kirchen oder Gemeinschaften	Jüdische Religionsgemeinschaft	sonstige Religionsgemeinschaften	Gemeinschaftslos. ohne Angabe
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Anzahl	Prozent				
Saarland	1 119 742	254 016	22,7	16 320	825 968	73,8	5 572	421	4 489	956

Die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit am 25. Mai 1987

Land	Wohnbevölkerung insgesamt	Darunter Angehörige								
		der Roemisch-Katholischen Kirche		der Evangelischen Kirche		der Evangelischen Freikirche	der Juedischen Religionsgesellschaft	der Islamischen Religionsgemeinschaft	anderer Religionsgesellschaften	keiner Religionsgesellschaft rechtl. zugehörig
		Anzahl	%	Anzahl	%	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen
Saarland	1 055 660	767 824	72,7	228 656	21,7	2 601	331	9 916	11 818	26 779

Kapitel V Kirchliche Verhältnisse

1 Katholische Kirche 1980 bis 2010

Berichtsmerkmal	Zum Bistum Trier gehörendes Gebiet				Zum Bistum Speyer gehörendes Gebiet (Dekanat Saarpfalz)			
	1980	1990	2000	2010	1980	1990	2000	2010
Kirchenmitglieder in 1 000	745,3	723,9	627,2	554,6	116,7	106,4	96,0	85,9
Dekanate	25	25	23	11	1	1	1	1
Pfarreien	252	247	249	223	51	51	51	48
Sonstige Seelsorgestellen (einschließlich Auslands-Missionen)	35	6	3	4	5	4	3	-
Pfarrseelsorger, Diakone	193	284	138	175	39	51	39	32
Taufen	6 784	7 115	4 775	3 453	985	1 023	787	531
Trauungen	3 857	2 801	1 321	917	655	491	229	151
Beerdigungen	8 021	7 769	7 303	6 987	1 145	1 198	1 184	1 039
Übertritte zur Katholischen Kirche	91	64	37	40	9	9	12	6
Wiedereintritte in die Katholische Kirche	43	71	155	162	3	11	33	31
Austritte aus der Katholischen Kirche	667	1 233	1 563	2 920	85	301	378	445

Quelle: Katholisches Büro Saarland.

2 Evangelische Landeskirchen 1980 bis 2010

Berichtsmerkmal	Evangelische Kirche im Rheinland				Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche)			
	1980	1990	2000	2010	1980	1990	2000	2010
Kirchenmitglieder ¹⁾ in 1 000	185,0	176,3	167,4	153,2	.	48,7	46,6	42,5
Rechtlich selbständige Kirchengemeinden ¹⁾	60	61	59	49	30	30	32	32
Theologen/-innen ¹⁾²⁾ insgesamt	94	119	130	104	24	34	32	43
dar. Frauen	5	21	29	28	3	5	6	18
Theologen/-innen im Gemeindepfarramt ¹⁾²⁾	82	83	85	67	17	21	23	30
dar. Frauen	4	12	16	16	2	-	4	13
Taufen von Kindern insgesamt	1 594	1 638	1 269	1 025	425	464	445	307
dar. von Kindern aus evangelischen Ehen	595	525	365	292	207	170	152	95
von Kindern aus evang./röm.-kath. Ehen	828	886	612	452	183	212	174	116
Konfirmierte insgesamt	2 628	1 231	1 506	1 196	737	374	477	358
Trauungen insgesamt	770	648	429	349	203	162	110	92
dar. evangelische Paare	298	236	145	109	96	71	35	38
evang./röm.-kath. Paare	463	396	238	189	89	84	67	42
Bestattungen/Beisetzungen insgesamt	2 840	2 663	2 409	2 134	539	595	569	530
Kircheneintritte insgesamt ³⁾	145	174	236	367	30	63	61	80
dar. Wiedereintritte von Gemeinschaftslosen	23	49	63	96	7	16	37	11
Kirchenaustritte	345	465	809	715	55	137	220	161

Quelle: Landeskirchenämter in Düsseldorf und Speyer. 1) Am Jahresende. 2) Pfarrer, Geistliche ohne theologisch-wissenschaftliches Vollstudium, Pfarrer im Probendienst nach dem zweiten theologischen Examen und Pastoren/Pastorinnen im Sonderdienst. 3) Einschließlich Taufen Erwachsener (ab 14 Jahre).